

Ulrich van der Heyden

Fake News mit Methode – DDR, Solidarität, Rassismus?

Ost-West-Missverständnisse

Nach gut drei Jahrzehnten sogenannter deutscher Einheit werden nunmehr verstärkt Ansichten in der hiesigen Mainstream-Presse und von Politikern verbreitet, die es bislang höchst selten zu lesen oder zu hören gab. Es soll eine Anzahl Ostdeutscher geben, die mit dem Verlauf der „Einheit“ nicht einverstanden und nun enttäuscht sind. Man mag es kaum glauben! Selbst die Kanzlerin outet sich, nunmehr, wo keiner mehr ihr den Stuhl vor die Tür stellen kann, weil sie selbst beschlossen hat, ihn zu verlassen, als Ostdeutsche, die in ihrem hohen Amt westdeutsche Arroganz erleben musste und davon anscheinend betroffen war.

Aber die Anfeindungen scheinen bei realer Betrachtung nur Reaktionen auf ein machtbesessenes Streben einer Frau zu sein, die in der männerdominierten westdeutschen Gesellschaft eingebrochen ist. Denn in der Zeit ihrer Kanzlerschaft wusste Angela Merkel doch, die DDR genug zu kritisieren und den Mauerfall zu feiern. Als „Ossi“ ist sie kaum in Erscheinung getreten. Auch sie trat und prägte das Narrativ von einem eingemauerten Staat, der seine Bevölkerung drangsalierete. Das passte ja auch in das antikommunistische Bild der westdeutschen Öffentlichkeit. Daran gab es keinen Zweifel.

Und dann taucht im Sommer 2021 ein Historiker auf, der auf der Basis interner Polizei-, SED- und Staatsicherheitsberichte, Zeitzeugeninterviews und der Ergebnisse einer aktuellen Umfrage ein Buch¹ vorlegt, in dem er belegt, dass es anders war. In einem Interview sagte der Autor Robert Rauh, dass „die Mehrheit der Menschen in der DDR gar nicht gegen die Mauer“ war. Viele hätten „den Mauerbau akzeptiert, einige sogar begrüßt“.²

Auf einen hysterischen Aufschrei, vornehmlich von Westberlinern, musste man nach diesen so wenig mainstream-gemäßen Aussagen nicht lange warten. In Leserbriefen, so im *Tagesspiegel* sprach etwa ein Schreiber dem Wissenschaftler jede Kompetenz ab: „Mehr an Verfälschung der Wirklichkeit zum Mauerbau geht nicht.“³ Die Mauer hätte „natürlich“ nur „jene Minderheit der DDR-Bürger akzeptiert“, die in diesem „System der Unterdrückung persönliche Vorteile genossen“. So und ähnlich lauten die Denkmuster, deren Starre dogmatische SED-Ideologen neidisch gemacht haben könnten.

¹ Siehe Rauh, Robert: „Die Mauer war doch richtig!“ Warum so viele DDR-Bürger den Mauerbau widerstandslos hinnahmen, Berlin 2021.

² Nutt, Harry: „Eine passive Hinnahme der Mauer war nicht alternativlos“, in: Berliner Zeitung, 30.07.2021.

³ Der Tagesspiegel, 15.08.2021.

Längst ist es an der Zeit, die aktuelle deutsche Zeitgeschichtsschreibung zu revidieren. Ein (Ostberliner) Leserbriefschreiber hoffte auch, dass die „30-jährige Monotonie von Stasi, Ausreiseanträgen und Fluchtversuchen“ ein Ende hat. Und damit wären wir bei Gründen für den tiefsitzenden Missmut vieler Ostdeutscher, der sich nicht zuletzt in den jüngsten Wahlen widerspiegelt.

Aber nicht nur die Leserbriefschreiber, die den Befund von Robert Rauh anzweifeln, sind erbost, denn, so die oft gehörte Meinung, man hat doch so viel vom Westen in den Osten hineingepumpt, um „blühende Landschaften“ entstehen zu lassen. Hat man nicht eine Entlastung der westdeutschen Arbeitsämter erreicht und damit Arbeitslosigkeit bei den dort angestellten Mitarbeitern in Kauf genommen? Was sind da schon, im Jahre 1991 gemessen, fast drei Millionen Arbeitslose im Osten, wohin sogar heute noch viele Alt-Bundesbürger nach neuesten Untersuchungen keinen privaten Besuch unternommen haben.

Wer kann, der in kapitalistischen Verhältnissen sozialisiert worden ist, solche Undankbarkeit verstehen? Dazu müsste man schon Hochschullehrer sein! Ach ja, auch diese sind ja in den Osten geschwappt, um dort die neu zu besetzenden oder neu geschaffenen Lehrstühle zu besetzen. So kam es, dass, wie es Dieter Simon, der damalige Präsident des Wissenschaftsrates und Oberabwickler der akademischen Landschaft im Osten des sich vereinigen sollenden Landes, später – nachdem er den Osten Deutschlands mit seinen neuen Akademikern aus dem Westen in Augenschein genommen hatte – ausdrückte, „unhabilitierte Sitzenbleiber“, „frischgebackene Anfänger“ und Wissenschaftler mit „drittklassiger Begabung“⁴ auf die frei gewordenen Lehrstühle und unbefristeten Stellen kamen. So wurde die ostdeutsche Forschungslandschaft, „mehr oder weniger in westdeutsche Formen gegossen“⁵.

Nach mehr als dreißig Jahren gemeinsamen Erduldens der Überwindungsfolgen der deutschen Trennung sollte man jedoch annehmen können, dass die im Westen verbliebenen Hochschullehrer dazugelernt hätten. Denn Millionen von Euro wurden für die Forschung zur DDR-Vergangenheit ausgegeben, natürlich vornehmlich über Stasi-Untaten, Mauer und Stacheldraht. Egal, wie viele Menschen das zum hundertsten Mal wiederholte Mantra des „Unrechtsstaates“ im Osten noch glaubten, im Westen wurden und werden die zumeist tiefsitzenden Vorbehalte gegen die DDR so weiterhin verstärkt. Da machen Wissenschaftler keine Ausnahme. Es wurde offensichtlich versäumt, diese Geschichtsforscher in Projekte zur realistischen Aufarbeitung der DDR-Geschichte einzubinden. So hätte man etwa verstehen lernen können, warum der andere deutsche Staat entstanden ist. Denn inzwischen ist ja schon nach mehr als einem halben Jahrhundert mit Unterstützung oder auf Anweisung der bundesdeutschen Regierung begonnen worden, die nationalsozialistische Vergangenheit einiger wichtiger Institutionen der Bundesrepublik zu beleuchten, wie die des Aus-

⁴ Simon, Dieter: Verschleudert und verschludert. Die Wissenschaftsruinen des Westens waren das Vorbild für die Reform im deutschen Osten. Sie wurden dankbar angenommen. Mittelmaß und Anpassung sind das Ergebnis. Ein Mittäter zieht selbstkritisch Bilanz, in: *Die Zeit*, 7.04.1995.

⁵ Simon, Dieter: Die Wissenschaft hat sich selbst amputiert, in: *Berliner Zeitung*, 26.01.1993.

wärtige Amts.⁶ Es ließ sich nicht mehr länger verschweigen, dass die heute sich in der Systemauseinandersetzung so siegesbewusst darstellende Bundesrepublik von nicht unbedeutenden Vertretern des durch die Alliierten besiegten „Dritten Reiches“ aufgebaut worden ist. Eigentlich hätte diese Erkenntnis ausreichen können, um zu bedenken, dass sich die zwei deutschen Staaten geradezu unterschiedlich entwickeln *mussten* und verschiedene Belastungen von Reparationsleistungen der Siegermächte zu tragen hatten und eine neue Funktionselite im Osten im Gegensatz zum Westen geschaffen wurde, eine fast gänzlich neue Erziehung an den Schulen und Hochschulen versucht wurde, das Rechtswesen neu gestaltet wurde und ... und ... Im Osten hatte das jedes Schulkind gelernt, im Westen anscheinend nicht.

Die Fremdenfeindlichkeit der Ossis

Zu Zeiten der deutschen Zweistaatlichkeit wurde selten in der westlichen Presse etwas über Fremdenfeindlichkeit und Rassismus bei den Brüdern und Schwestern östlich der Elbe verlautet. Das verwundert schon, passiert doch sonst im Osten nichts, was nicht in der Westpresse skandalisiert und aufgebauscht wurde.

Es gab jedoch in Bezug auf Fremdenfeindlichkeit wenig zu berichten, denn in der DDR wurden solche Vorfälle, wenn dann doch solche bekannt wurden, juristisch geahndet. Wenn so etwas zur Anzeige gelangte, wurde natürlich über solche Vorfälle zumeist in der regionalen Presse berichtet. In der *Frankfurter Allgemeinen Zeitung* wurde im Jahre 1988 unter Berufung auf einen Artikel aus der *Freien Presse*, dem SED-Bezirksorgan von Karl-Marx-Stadt, berichtet, wie gegen Jugendliche aus Schwarzenberg, die sich zu Tätlichkeiten gegenüber mosambikanischen Vertragsarbeitern aufwiegelten ließen, juristisch vorgegangen worden war. Neun Verurteilungen, darunter eine eineinhalbjährige Freiheitsstrafe für den Rädelführer waren die Folge. Die *FAZ* zitierte aus dem in der SED-Bezirkszeitung wiedergegebenen Plädoyer des Staatsanwaltes: „Haben doch ausländerfeindliche Einstellungen, Missachtungen der körperlichen Unantastbarkeit anderer Menschen und demonstrative Missachtungen der Gesetze in unserer Gesellschaft keinen Platz.“⁷ Das Beispiel zeigt, dass es absurd ist zu behaupten, dass es eine „Dethematisierung aller mit Ausländern und Minderheiten in der DDR zusammenhängenden Fragen“ gab, wie es gern nach der Wende von sogenannten Aufarbeitern behauptet wurde,⁸ weil sie nichts Konkretes finden konnten.

Nach dem Mauerfall sah es in der Tat anders aus. Da konnte nun begonnen werden, rassistische und fremdenfeindliche Haltungen und Handlungen der DDR-Bürger (nicht etwa von DDR-Bürgern, was noch verständlich und in einigen Fällen nachvollziehbar gewesen wäre!) nachzuspüren. Das begann schon Mitte

⁶ Siehe Conze, Eckart/Frei, Norbert u.a.: Das Amt und die Vergangenheit. Deutsche Diplomaten im Dritten Reich und in der Bundesrepublik, München 2010.

⁷ Ausländerfeindlichkeit in der DDR. Schwarzenberger Gericht schützt Gastarbeiter aus Moçambique, in: Frankfurter Allgemeine Zeitung, 1.08.1988.

⁸ So Krüger-Potratz, Marianne/Hansen, Georg/Jasper, Dirk: Anderssein gab es nicht. Ausländer und Minderheiten in der DDR, Münster/New York 1991, S. 43.

des Jahres 1990, als ein Hamburger *Spiegel*-Journalist, des Sächsischen unkundig, behauptete, dass die DDR-Bürger sich für die vietnamesischen Vertragsarbeiter als rassistisches Schimpfwort den Nehmen „Fidschi“ ausgedacht hätten. Dass diese in den Betrieben „Vittis“ oder „Vitschis“ genannt wurden, was sich im sächsischen Dialekt wie „Fidschis“ anhörte, verstand der Westjournalist nicht. Oder wollte diese Verniedlichung nicht verstehen, denn Ossi, Wessi, Bundi und ähnliche Begriffe hatten längst Einzug in die deutsche Sprache gefunden. Aber dass angeblich die DDR-Bürger Vietnamesen mit negativer Konnotation bezeichneten, sollte nun den Deutschen in Ost und West vermittelt werden. Mit einer in einem Artikel versuchten Klarstellung⁹ konnten sich einige Leser nicht abfinden, weil sie dies nicht verstehen wollten oder konnten. Dabei wurde bis heute kein einziger schriftlicher Beweis vorgelegt, dass dieser Begriff, wie später im *Spiegel* den Ostdeutschen zugeschrieben, in irgendeiner Schriftform Verwendung fand.

Vertragsarbeiter aus Afrika in der DDR – Ein Reservoir für Geschichtsfälschung

In der DDR-Wirtschaft wurden seit den 1960er Jahren in unterschiedlicher Intensität junge Menschen aus Afrika ausgebildet und zur Berufserfahrung in der Produktion – nach dem Prinzip Learning by Doing – bis zu drei Jahre angelehrt. In der seit 1990 den deutschen Büchermarkt überschwemmenden sogenannter Fachliteratur zu dieser Thematik wird behauptet, dass sie ausgebeutet und unterbezahlt wurden, dass sie keine sozialen Kontakte zur DDR-Bevölkerung unterhalten durften, sie kaserniert untergebracht waren. All dies zeugt von Unkenntnis einer DDR-Wirklichkeit, die sich von der westdeutschen ebenso unterschied wie von Idealvorstellungen, wie sich sozial Denkende und Handelnde eine solches Thema vorstellen. Dummerweise haben in der DDR Hundertausende Lehrlinge, Arbeiter, Studenten, Berufssoldaten und auch die „Vertragsarbeiter“ in Arbeiter-, Studenten- und sonstigen Wohnheimen temporär gelebt, mit für alle vergleichbarem DDR-Standard. Befragungen nach dem Mauerfall ergaben, dass sie ihre überschaubare Welt genossen haben. So wie auch die Vertragsarbeiter ihre Freizeit genossen haben, mit Disco und Sport. Gegenteilige Behauptungen vermischt mit kruden Vorwürfen wurden ohne Belege angeführt. Solche Verhältnisse waren den zumeist westdeutsch sozialisierten Journalisten und Wissenschaftler, die sich auf dieses Thema nach der staatlichen Übernahme der DDR stürzten, vor allem bei den vornehmlich aus Südeuropa angeworbenen „Gastarbeitern“ bekannt. Sie übertrugen dann ihre Sicht und Bewertungsurteile auf die „Fremden“, die es im Osten des nun vereinten Landes gab. Bis heute werden Vertragsarbeiter (der Name entstand erst nach der Wende, wird aber heute gern als Ausbeutungsmerkmal der DDR angesehen) mit „Gastarbeitern“ verwechselt.

⁹ Vgl. van der Heyden, Ulrich: Angedichteter Rassismus, in: Ossietzky. Zweiwochenschrift für Politik, Kultur, Wirtschaft, Nr. 9/2016, S. 306–308.

Die Vertragsarbeiter aus Mosambik

Vom afrikanischen Kontinent kamen aus drei Ländern Vertragsarbeiter in die DDR: aus Algerien, Angola und Mosambik. Zu den algerischen Vertragsarbeitern sind von einer westdeutsch sozialisierten Soziologin mehrere Studien erschienen, die sich bei kritischem Lesen als von Fake News und Unverständnis über die in der DDR vorhandenen strukturellen Gegebenheiten geprägt herausstellten.¹⁰ Die mosambikanischen Vertragsarbeiter waren mit insgesamt mehr als 21.000 zumeist jungen Menschen neben den Vietnamesen die zweitgrößte nationale Gruppierung, die in der DDR-Volkswirtschaft lernten und arbeiteten. Dazu ist 2019 vom Verfasser ein umfangreiches Buch erschienen.¹¹ Hierin wird nicht nur versucht, die inzwischen in Dutzenden Publikationen zur Vertragsarbeit vorgetragenen angeblichen Realitäten vom Kopf auf die Füße zu stellen und dies unter Heranziehung der Erfahrungswerte der „Betroffenen“, sondern hierin wird auch aufgezeigt, wie in den vergangenen Jahren dieses Kapitel der DDR-Geschichte diskreditiert wurde – gewollt oder ungewollt.

Jedes wissenschaftliche Buch wird nicht nur geschrieben, um verkauft zu werden, sondern auch um von der Fachwelt zur Kenntnis genommen zu werden. So ebenfalls in diesem Fall. Im Jahre 2020 erschien eine Rezension zu dem Buch,¹² die mehr als deutlich machte, wie westdeutsch sozialisierte Kolleginnen und Kollegen noch immer in ihren vormaligen Anti-DDR-Vorbehalten verhaftet sind. In der gesamten Buchbesprechung wird kein Wort darüber verloren – wenngleich hierauf nicht nur im Vorwort Bezug genommen wurde –, welches verquere Bild von dem Einsatz der Vertragsarbeiter in der DDR-Wirtschaft bislang gezeichnet wurde. Das erstaunt schon, denn gerade dieser Fakt war der Grund für das Schreiben des Buches. Immer wieder kam beim Lesen der Besprechung festgestellt werden, dass die Darstellung eines Kapitels DDR-Geschichte von einer im Westen sozialisierten Wissenschaftlerin weit mehr von deren ideologisch geprägten Vorstellungen von dem „anderen Deutschland“ geprägt ist als vom realen Geschichtsverlauf.

Ein typischer Vorwurf an die Adresse der DDR ist, dass das Hauptmotiv für die Aufnahme von Vertragsarbeitern aus Mosambik der „chronische Arbeitskräftemangel“ gewesen wäre. Die Wirklichkeit sah anders aus. Fakten belegen, warum die DDR dem Wunsch der Regierung Mosambiks nach Aufnahme der jungen Menschen nachgekommen ist – ein Schritt, der mit dem angeführten Grund wenig zu tun hat.¹³ Die DDR hatte zunächst die Anfrage aus Maputo abgelehnt, die jun-

¹⁰ Vgl. van der Heyden, Ulrich: „Gastarbeiter“ in der DDR? Ein Sammelband zur Geschichte von Vertragsarbeitern in der DDR-Wirtschaft zeigt, wie es (nicht) gewesen ist, in: ders./Semmler, Wolfgang/Straßburg, Ralf (Hrsg.): Mosambikanische Vertragsarbeiterin der DDR-Wirtschaft. Hintergründe – Verlauf – Folgen, Münster 2014, S. 183–206.

¹¹ van der Heyden, Ulrich: Das gescheiterte Experiment. Vertragsarbeiter aus Mosambik in der DDR-Wirtschaft, Leipzig 2019.

¹² Knorz, Heike: Rezension van der Heyden, Ulrich: Das gescheiterte Experiment. Vertragsarbeiter aus Mosambik in der DDR-Wirtschaft, Leipzig 2019, in: Vierteljahresschrift für Sozial- und Wirtschaftsgeschichte, Nr. 4, Stuttgart 2020, S. 531-532.

¹³ Siehe van der Heyden, Ulrich: Das gescheiterte Experiment. A.a.O., hier Kap. III.

gen Menschen aufzunehmen, um sie als „ungelernte“, quasi Hilfsarbeiter einzusetzen – wie der mosambikanische Vorschlag lautete. Das war mit dem solidarischen Grundverständnis der DDR-Bevölkerung – auch von deren Politikern (was in mehreren Forschungsarbeiten belegt worden ist, wenngleich es selbstverständlich sein sollte) – nicht vereinbar. Deshalb wurden die Vertragsarbeiter zunächst ausgebildet; sie erhielten also auf Kosten der DDR-Bürger eine Ausbildung. In der Zwischenzeit sollten Industrieanlagen in der ehemaligen portugiesischen Kolonie Mosambik errichtet werden, wo dann die Facharbeiter eingesetzt werden sollten. Denn die Regierung des jungen Nationalstaates Mosambik wollte nicht nur politisch, sondern auch ökonomisch unabhängig werden von der alten Kolonialmacht, vom Apartheidregime und deren westlichen Verbündeten. Ein solches „Experiment“, welches bei Gelingen Vorbildcharakter für die heutige internationale Entwicklungszusammenarbeit hätte haben können, ist aufgrund des Bürgerkrieges, der von der westdeutschen Seite, vor allem vom BND¹⁴ gepuscht wurde, gescheitert.

Für die DDR war ein Eingehen auf die Bitten der mosambikanischen Regierung ein Akt der Solidarität, denn es war von vornherein klar, dass der Aufenthalt von jungen, mit der industriellen Produktion noch nicht vertrauten Afrikanern Probleme mit sich bringen würde. Nach der Wende bekannt gewordene Dokumente belegen, dass die erbrachten Leistungen mosambikanischer Werkträger im Vergleich zu DDR-Facharbeitern bei nur 80 Prozent lagen.¹⁵ Es war auch solidarisches Handeln, als „das Abkommen“ über die Entsendung von jungen Leuten in die DDR von 1979 nach dessen Auslaufen verlängert wurde. Wieder wollte Maputo die jungen Leute von der Straße haben. Die DDR hielt sich zunächst zurück, denn der Vertrag war in dem vereinbarten Rahmen von ihr erfüllt worden; die Fachkräfteausbildung der festgelegten Anzahl von Mosambikanern war neben allen anderen zu erbringenden solidarischen Leistungen realisiert worden. Zunehmend problematisch erwies sich, dass das Bildungsniveau der entsandten Mosambikaner vor allem aus Bürgerkriegsgründen unbefriedigend war. Auf der Grundlage einer in der Regel nur vier bis sechs Schuljahre durchlaufenden Vorgeschichte war nur mit großer Mühe etwas aufzubauen.

Der Vertrag war also erfüllt, als die Bitte an die DDR herangetragen wurde, das Abkommen zu verlängern. Diesen Vorschlag anzunehmen, war nicht einfach, denn die Arbeitsproduktivität der Mosambikaner lag unter der der anderen Vertragsarbeiter; es gab zudem Interesse, auch Pläne und Angebote vonseiten europäischer Länder (z.B. Polen, aber auch aus Italien, letztere angesichts der Fluchtbewegung noch vor dem „Mauerfall“¹⁶), Arbeitskräfte zu entsenden. Erst

¹⁴ Vgl. Abid, Ghassan: BND in Südafrika. Interview mit Erich Schmidt-Eenboom, vom 11.11.2012, Geheimdienstexperte und Publizist aus Weilheim, in: <https://2010südafrika.wordpress.com/2012/11/11/bnd-in-südafrika/> (22.08.2017).

¹⁵ BStU: MfS, HA XVIII, Nr. 19422: „Information zur Lage“, Bl. 2–6.

¹⁶ Polnische Arbeitskräfte waren in den großen Kombinat an der Grenze DDR/Volksrepublik Polen tätig, bekannt war damals das Chemiefaserkombinat Guben. Zur Frage italienischer Arbeitskräfte siehe Vgl. BStU: MfS, ZAIG, Nr. 26646: „ADN-Information“, 11.10.1989, Bl. 17. Vgl. auch Die DDR-Wirtschaft leidet unter dem Exodus, in: Süddeutsche Zeitung, 27.09.1989.

auf mehrfaches Bitten, man könnte auch sagen Drängen, war die DDR bereit, nunmehr ebenfalls (allerdings erst die letzten zwei/drei Jahre der Existenz der DDR) Arbeitskräfte aufzunehmen, die keine Ausbildung mehr erhalten sollten. Auch das kann als ein Akt der Solidarität der DDR-Bevölkerung angesehen werden und entsprach dem dringenden Wunsch der Regierung in Maputo, denn der vom Apartheidregime und einigen NATO-Staaten unterstützte Bürgerkrieg hatte ein „normales“ Leben in Mosambik mehr als schwierig gemacht. Natürlich litt darunter zunächst die mosambikanische Bevölkerung, aber auch dort eingesetzte Entwicklungshelfer wurden zum Teil Opfer und verloren, wie solche aus der DDR,¹⁷ ihr Leben. Außerdem gehört Arbeitsmigration zu modernen Ökonomien, wenn in der eigenen Wirtschaft – was nunmehr ab Mitte der 1980er Jahre in der DDR immer deutlicher wurde – nicht genügend Arbeitskräfte vorhanden waren. Die kapitalistischen Länder verfügten in Bezug auf Arbeitsmigration über langjährige Erfahrungen, die DDR-Wirtschaft mit einer zudem so umfangreichen transkontinentalen Arbeitsmigration kaum.

Für die Tilgung der Schulden Mosambiks wurden durch die DDR „Lohnanteile“ einbehalten, so eine gern kolportierte Auffassung, was jedoch nicht zutreffend ist. Vielmehr wurde von den Löhnen ein von der mosambikanischen Regierung vorgesehener Anteil bereits in den Betrieben ausgerechnet. Der dem mosambikanischen Staat zustehende Lohnanteil wurde an die Staatsbank der DDR überwiesen und von dort an die Staatsbank Mosambiks weitergeleitet. Nach Beendigung ihrer „Vertragsarbeit“ und bei Rückkehr erhielten dann die mosambikanischen Arbeiter diese Summe in der Landeswährung Medical ausgezahlt, was vor 1989 auch erfolgte. Das wird als kritikwürdig beurteilt. Wieso und warum ein solches Verfahren so erfolgte, habe ich in meinem Buch erläutert.¹⁸ Das wird jedoch von Mainstreamhistorikern nicht zur Kenntnis genommen und – schlimmer – es hat Eingang in Positionen antikolonialer Aktivisten gefunden.

Denn inzwischen existiert so ein starkes Anti-DDR-Narrativ, das sogar Abgeordnete der Partei DIE LINKE die von der Rosa-Luxemburg-Stiftung finanziell unterstützten relevanten Forschungen¹⁹ nicht zur Kenntnis nehmen und persönlich vorgetragene Erklärungs- und Diskussionsangebote negieren. Sich lediglich auf die von der Thematik wenig verstehenden vorgeblichen Fachleuten stützend, wie die hier kritisierte westdeutsch sozialisierte Professorin, wird behauptet,

¹⁷ Vgl. van der Heyden, Ulrich: Es darf nichts passieren! Entwicklungspolitisches Engagement der DDR in Mosambik zwischen Solidarität und Risiko, in: Voß, M. (Hrsg.): „Wir haben Spuren hinterlassen!“. Die DDR in Mosambik. Erlebnisse, Erfahrungen und Erkenntnisse aus drei Jahrzehnten, Münster/Hamburg 2005, S. 278-313.

¹⁸ Siehe van der Heyden, Ulrich: Das gescheiterte Experiment. Kap. II.

¹⁹ Vgl. die entsprechenden Arbeiten von van der Heyden, Ulrich: Das gescheiterte Experiment. Vertragsarbeiter aus Mosambik in der DDR-Wirtschaft, Leipzig 2019; ders.: „Unsere Regierung hat das im Abkommen gewollt“. Die Darstellung des Einsatzes von Vertragsarbeitern aus Mosambik in der Literatur, in: Vertragsarbeit in der DDR. Rundbrief der Bundesarbeitsgemeinschaft Antifaschismus, Nr. 1-2, Berlin 2013, S. 10-38; ders./Straßburg, Ralf/Bollinger, Stefan: Solidarität oder Eigennutz? Die mosambikanischen Vertragsarbeiter in der DDR-Wirtschaft [=Hefte zur DDR-Geschichte, Nr. 140], Berlin 2015.

dass den mosambikanischen Vertragsarbeitern ein guter Teil ihres Lohns vor-enthalten worden sei. Das Unwissen, was sogar politischen Schaden anrichten könnte, wird durch einen Antrag im Deutschen Bundestag mit der Bezeichnung „Neubewertung und Anerkennung der Verantwortung der Bundesrepublik Deutschland für ehemalige mosambikanische Beschäftigte in der DDR“²⁰ manifestiert. Damit blamiert sich die Fraktion nicht nur in der wissenschaftlichen Fachwelt, sondern dieses Dokument hat auch eine extreme negative politische Komponente, denn einige der in Maputo gegen die von dortigen Beamten unterschlagenen Geldsummen aus den Lohntransfers Demonstrierende ziehen inzwischen mit Hakenkreuzen durch Maputo.

Neben den Solidaritätsleistungen gab es auch kommerzielle Verträge zwischen den beiden Regierungen. Und diese mussten von *beiden* Seiten eingehalten werden, wie überall auf der Welt. Als die DDR mitbekam, dass Maputo die angehäuften Schulden, die Mosambik bei anderen Ländern hatte, beglich, drängte man auch in Berlin darauf, dass die angefallenen Schulden bezahlt werden. Sicherlich hätte man davon ausgehen können, dass diese Schulden ebenfalls als „Soli“ abgehakt werden. Jedoch war die DDR-Wirtschaft nicht so ausgelegt, dass sie einen anderen Staat hätte mitfinanzieren können.

Spätere Untersuchungen, eingeleitet von dem dann gesamtdeutschen Botschafter in Maputo, haben übrigens ergeben, dass die DDR die nicht ausgezahlten Lohnanteile vollständig an die mosambikanische Staatsbank überwiesen hatte. Jener erklärte: „Nach Kenntnis der Bundesregierung hat die DDR-Regierung alle mit dem Arbeitskräfteabkommen vereinbarten Verpflichtungen erfüllt.“ Die Angelegenheit aufzuklären sei daher „eine innermosambikanische Angelegenheit“²¹

Was die mosambikanische Staatsbank mit dem überwiesenen Geld machte, war Angelegenheit des souveränen Staates Mosambik. Da wollte und konnte die DDR nicht hineinreden. Und das sollte man auch heute akzeptieren!

Natürlich gab es in der DDR bei einzelnen Menschen Ausländerfeindlichkeit und Ressentiments, aber wenn sie sichtbar wurden, hatte dies juristische und gesellschaftliche Folgen. Darüber informieren die Akten, die jedoch selten ausgewertet worden sind.²² Aber es gibt keinen Beweis für staatlich unterstützte oder geduldete rassistische Ambitionen, keine nachweisbaren Netzwerke, keine Öffentlichkeit, keine in der DDR entstandenen rassistischen Publikationen oder Ähnliches.

Zugleich wird immer wieder behauptet, in der DDR hätte es eine „verordnete Solidarität“ gegeben. Eine Erläuterung, was man darunter verstehen soll, sucht man

²⁰ Vgl. Deutscher Bundestag: Drucksache 19/23998, 19. Wahlperiode, 4.11.2020

²¹ Zitiert in Wo bleiben die DDR-Dollars? Tausende Mosambikaner arbeiteten einst in der DDR. Auf einen Großteil ihres Lohns warten sie noch heute, in: Freie Presse, 26.09.2012.

²² Vgl. etwa eine Zusammenstellung der von der Polizei aufgenommenen Straftaten aus dem Jahre 1987 in den Akten des BStU: MfS, HA XVIII, Nr. 21996: „Ministerium des Innern. Information vom 2.10.1987, Betreff: Vorkommnisse mit Bürgern der Volksrepublik Mocambique, die gemäß Regierungsabkommen in der DDR tätig sind, im Zeitraum vom 01.01. bis 30.09.1987“, Bl. 97–105.

vergebens. Das ist in seriösen Forschungen ad absurdum geführt worden.²³ Die hier schon zitierte Heike Knorz führt als Beleg für diese Behauptung an, dass Betriebsleiter ihre Belegschaft zu Weihnachten aufgefordert hätten, ihre ausländischen Kollegen zu den Feiertagen einzuladen. Dass in der DDR-Bevölkerung neben den Deklarationen der DDR-Führung zur Solidarität auch eigenständige solidarische Verhaltensweisen existierten und auf bestimmten Gebieten sogar bestimmend waren²⁴, dass Arbeitskollektive und Gewerkschaftsgruppen sie praktizierten, es entsprechende kirchliche Aktivitäten gab, das wird nicht von allen westlich der Elbe geborenen und sozialisierten Wissenschaftlern und Journalisten verstanden. In den ersten Jahren der sogenannten deutschen Einheit mag das verständlich gewesen sein – woher sollten sie es wissen? –, jedoch ist inzwischen genügend Zeit vergangen, sich ernsthaft mit den Realitäten zu befassen, was auf dem Gebiet geschehen ist, über das man akademisches Wissen verbreiten will.

²³ Vgl. etwa van der Hedyen, Ulrich/Schade, Anja: GDR Solidarity with the ANC of South Africa in: Dalrywater, Lena/Saunders, Chris/Fonseca, Helder Adega (eds.): *Southern African Liberation Movements and the Global Cold War 'East'*. Transnational Activism 1960–1990, Berlin/Boston 2019, S. 77–101.

²⁴ Vgl. hierzu beispielsweise Romberg, Renate: „Bibel lesen konnten wir Mosambikaner alleine, aber die Wärme einer deutschen Gemeinde haben wir gebraucht“. Die Beziehungen des Bundes der evangelischen Kirchen in der DDR zum Christenrat von Mosambik, in: Berger, Christfried/Mentel, Siegfried/dies. (Hrsg.): *Lernerfahrungen in der einer Welt. Partnerschaften von Gemeinden in der DDR nach den Niederlanden, Polen und Mosambique, Rotenburg 2000*, S. 77–139; Schleicher, Ilona: *Das Solidaritätskomitee der DDR und Mosambik. Unterstützung des Befreiungskampfes und Entwicklungshilfe*, in: van der Heyden, Ulrich/dies./Schleicher, Hans-Georg (Hrsg.): *Die DDR und Afrika. Zwischen Klassenkampf und neuem Denken*, Münster/Hamburg 1993, S. 192–208.